

p.B.55.40.Isr. - STH/lt

Den 13. Dezember 1982

Sa 13. Dez. 82 16

Notiz an den DepartementschefIsraelischer Druck auf die palästinensischen
Universitäten in Cisjordanien

Nachdem Sie letzte Woche von parlamentarischer Seite auf die Frage des israelischen Druckes auf ausländische Professoren an den palästinensischen Universitäten in Cisjordanien angesprochen und um eine schweizerische Demarche bei Israel gebeten wurden, möchten wir das Problem wie folgt zusammenfassen.

1. In Cisjordanien gibt es die folgenden Hochschulen:

1. Universität Bir-Zeit in Ramallah
2. Universität Al-Najah in Nablus
3. Katholische Universität in Bethlehem
4. Polytechnikum in Hebron

Die Universitäten gelten als Hochburgen des politischen und geistigen Widerstandes der palästinensischen Bevölkerung gegenüber den israelischen Annexionsbestrebungen in Cisjordanien. Der Anteil der Lehrkräfte ausländischer, d.h. nicht-israelischer Nationalität, ist sehr hoch. Es handelt sich vorwiegend um Inhaber jordanischer Pässe. Aber auch Professoren aus den USA und Westeuropa (Grossbritannien, Frankreich, Schweden) gehören zum Lehrpersonal.

2. Mit der offensichtlichen Absicht, den Geist dieser Bildungsstätten in den besetzten Gebieten zu treffen und eine ordentliche Weiterführung des Studienbetriebs zu erschweren, ja eventuell um eine Massenemigration von Intellektuellen zu provozieren, verlangten die israelischen Besatzungsbehörden plötzlich, dass alle Professoren ausländischer Nationalität, zwecks

Erlangung neuer Aufenthaltsgenehmigungen oder Beibehaltung ihrer Lehrerlaubnis, eine Erklärung unterzeichneten, die gegen die PLO gerichtet war (Verpflichtung, sich jeglicher Handlungen und Dienste zur Unterstützung der "PLO und anderer Terrororganisationen" zu enthalten). Die meisten Dozenten wollten diese Unterschrift schon deswegen nicht leisten, weil sie von ihren Studenten dann als Verräter und Kollaborateure eingestuft worden wären.

3. Die betroffenen amerikanischen und einzelne westeuropäische Professoren wandten sich an ihre Regierungen und an interessierte private Kreise. Die gewichtigste Kritik kam dabei von Staatssekretär Shulz persönlich, der das israelische Vorgehen als Verletzung und Missachtung der akademischen Freiheit rügte. Die israelischen Behörden überarbeiteten darauf den Wortlaut der abzugebenden Erklärung derart, dass sie nun anderen Erklärungen ähnlich sieht, wie sie beispielsweise von den USA verlangt werden bei der Immigration mit Bezug auf die Mitgliedschaft in kommunistischen Vereinigungen.
4. Auch in anderer Form wird auf die Universitäten Druck ausgeübt. So wird Arabern aus Israel, Gaza, oder Ostjerusalem (das ja seit der Annexion als zu Israel gehörig betrachtet wird) das Studium an den cisjordanischen Universitäten nur bewilligt, wenn die Gesuche in Form und Terminologie den israelischen Anforderungen entsprechen. Das bedeutet, dass ein arabischer Student aus Ostjerusalem sich als israelischer Staatsangehöriger bezeichnen muss, der in "Samaria" oder "Judäa" studieren möchte.

Druck soll auch auf finanziellem Gebiet ausgeübt werden. So verlangen die Israeli neuerdings, dass Spenden-Gelder aus arabischen Ländern in einen "Fonds für die Entwicklung von Judäa und Samaria" einbezahlt werden, wobei noch offen ist, ob diese den Universitäten zugänglich gemacht werden.

5. Ende 1980 hat das EDA an Erweiterungsbauten der katholischen Universität Bethlehem einen Beitrag über Fr. 500'000.- an die auf 4,5 Millionen veranschlagten Gesamtkosten geleistet. Träger ist die "Association en faveur de la Bethléem University" (ABU) mit Sitz in Neuchâtel. Diese Vereinigung genießt die Unterstützung des Vatikans, der ein direktes Interesse an der Bethlehem Universität als katholisch geführter Universität hat (40 % der Studenten sind Christen, der Rest Muselmanen). Weitere Unterstützung stammt aus den Niederlanden. Obwohl die betreffenden finanziellen Zuwendungen schon seit langem nach Israel überwiesen wurden, konnte der 1981 in Angriff genommene Erweiterungsbau nicht weitergeführt werden, weil die israelischen Behörden immer wieder neue Bedingungen stellten. Aufgrund dieser Situation haben wir vor kurzem nach vorheriger Abstimmung mit den Niederlanden und auf Wunsch des päpstlichen Nuntius in Israel durch Botschafter Bauermeister auf hoher Ebene im israelischen Aussenministerium versprechen lassen und um Aufschluss über die israelische Haltung gebeten.

Botschafter Meroz, Leiter der Europaabteilung im israelischen Aussenministerium, der vor einiger Zeit von Staatssekretär Probst in Bern empfangen wurde, versprach, die Angelegenheit abklären zu lassen. Nach Meldungen, die bei der ABU eingegangen sind, sind bereits erste Reaktionen auf Seiten der israelischen Gesprächspartner der Universitätsbehörden zu verzeichnen.

6a) Angesichts dieser Situation scheint es zweckmässig, wenn wir uns weiter bemühen, die Realisierung des Universitätsgebäudes sicherzustellen, an der durch die finanzielle Zuwendung ein direktes schweizerisches Interesse besteht. Diesbezüglich gaben Sie bereits in der Fragestunde vom 14. Juni gegenüber Nationalrat Richard Müller ein entsprechendes Versprechen ab. Wir werden deshalb die ABU weiter unterstützen.

- 4 -

6b). Obwohl wir unsere Botschaft auch gebeten haben, die Entwicklung unter den Professoren eingehend zu verfolgen, scheint es zweckmässig, wenn wir vorerst die direkte Intervention jenen Staaten überlassen, deren Bürger betroffen sind, zumal sich unter diesen auch die USA befinden. Schliesslich dürfte auch durch die von der ABU in Gang gesetzte öffentliche Kampagne (z.B. grosser Artikel in der NZZ) einiger Druck auf Israel zur Mässigung seiner Politik ausgehen. Die Frage ist allerdings, wie sehr die Regierung Begin-Sharon überhaupt noch auf ausländische Vorhaltungen reagiert.

POLITISCHE DIREKTION

(Raymond Probst)

Kopie an:

- PRO, BRE, RR, HTR, RY, STH
- Direktion für Völkerrecht
- Herrn R. Wilhelm
- Schweizerische Botschaft, Tel-Aviv
Amman

82 13. Dez. 82 16